

Die Arbeiter haben nichts zu verlieren als  
ihre Ketten, aber eine Welt zu gewinnen!

Der neue

V. b. b.  
Preis 12 Groschen

# MAHRUS

Organ der Kommunistischen Linksoption

3. Jahrgang

Wien - Graz, August 1931

Nummer 16

## Nach der Katastrophe des Volksentscheid-Manövers.

Aus dem Mitteilungsblatt der linken  
Opposition der KP.

Die Katastrophe vom 9. August stellt die Partei hart und unerbittlich vor die Entscheidung, die Lehren aus einer Niederlage zu ziehen, die das Ergebnis einer in der Wurzel falschen, opportunistischen und in ihren Auswirkungen liquidatorischen Politik ist. Jeder, der versucht, die Niederlage zu beschönigen oder gar in einen „Teilerfolg“ umzulügen, handelt an der Partei schlimmer als ein offener Feind der Partei.

„Ausprechen, was ist“, das ist jetzt der einzige Weg, um aus der Sackgasse herauszukommen, in die uns die politischen Bankrotteure an der Spitze der Partei geführt haben.

Er innert ihr euch, Parteigenossen, mit welchen Siegesfanfaren Thälmann, der innerlich von der Verderblichkeit der Reimann-Taktik überzeugt war, auf der Funktorenkonferenz am 24. Juli dieses Abenteuers einleitete? Ins Lager der Bourgeoisie werden wir die Forderung tragen, „unseren Einbruch in die SP. erweitern und die innere Gärung in dieser Partei beschleunigen... das alles wird uns gelingen“. Also sprach der weise Thälmann...

Am 9. August wurden für den Volksentscheid 9.794.000 Stimmen abgegeben. Die Parteien, die zum Volksentscheid aufrufen, haben in Preußen am 14. September 12.270.000 Stimmen aufgebracht, das sind um 2.500.000 mehr als am 9. August. Das bedeutet einen Verlust von mehr als 20 Prozent. Bedeutet, daß es der Parteiführung vielleicht gelungen ist, wenigstens 80 Prozent der kommunistischen Wähler aufzubringen? Keineswegs! Wir sehen im Gegenteil, daß es dem Faschismus in den von ihm beherrschten reaktionären Gebieten wie Pommern fast 100 Prozent seines Anhangs aufzubringen, während in den industriell-proletarischen Bezirken, wie Düsseldorf Ost und West, Berlin usw. die Volksentscheidsziffer tief unter den Ziffern des 14. September liegt.

Das bedeutet, daß die gegenüber dem 14. September fehlenden Stimmen in erster Linie durch die Absentierung der kommunistischen Wähler entstanden erklärt werden müssen. Das läßt sich mit zwingender Deutlichkeit an den Ergebnissen in den Berliner Arbeiterbezirken nachweisen. So zum Beispiel am Wedding. Hier hatte die KP. am 14. September 99.207 Stimmen erhalten, die faschistische Front erhielt 52.000 Stimmen. Beim Volksentscheid wurden am Wedding nur 89.986 Stimmen abgegeben, das sind um 10.000 weniger als die KP. allein am 14. September erhielt. Nehmen wir an, daß von den von den faschistischen Stimmen statt 52.000 nur 40.000 zum Volksentscheid aufgebracht wurden. Dann brachte die KP. noch 49.000 auf, das ist weniger als 50 Prozent ihrer Stimmen vom 14. September.

In Friedrichshain hatte die KP. am 14. September 79.000 Stimmen, die faschistische Front 64.000. Beim Volksentscheid wurden aber nur 77.000 Stimmen abgegeben. Mindestens 60 Prozent der kommunistischen Wähler blieben fern. Ähnlich liegen die Verhältnisse in Reudlin, wo ungefähr 50 Prozent, und am Prenzlauer Berg, wo 40 bis 50 Prozent der kommunistischen Wähler fernblieben.

Nicht anders ist es im westdeutschen Industriegebiet. In Essen: Reichstagswahlen KP. 88.000, faschistische Front 110.000 Stimmen, am 9. August wurden 118.000 Stimmen abgegeben. Hier müssen 50 bis 60 Prozent der kommunistischen Wähler ferngeblieben sein. In Dortmund dürften kaum 50 Prozent der kommunistischen Wähler gefolgt sein und in Düsseldorf, wo am 9. August 91.000 Stimmen abgegeben wurden (14. September: KP. 72.000, faschistische Front 100.000), dürfte der Absorbd an kommunistischen Absentierungen gewesen sein — etwa 60 bis 75 Prozent!!

Nicht ausgedrückt ist in diesen Ziffern die verhängnisvolle Wirkung der Parteitaktik auf die unzufriedenen SP.-Arbeiter, deren einsehende Massenopposition vorläufig völlig zerklüftet ist, die furchtbare Entfremdung zwischen Kommunisten und reformistischen Arbeitern in den Betrieben und freien Gewerkschaften und schließlich die Verwirrung in der Partei.

Deprimiert und isoliert steht die revolutionäre Partei am Vorabend von Entscheidungskämpfen, deren Erfolg davon abhängen wird, ob es endlich gelingt, die Massen ohne Unterschied der Partei zu revolutionären Massenaktionen zu sammeln.

In dem erbitterten Kampf gegen die zentristischen Bankrotteure, den die revolutionären Elemente, geführt von den Linken in der Partei führen, dringt auch die Stimme aus dem opportunistischen Sumpf der Rechten (Brandler) und Ultralinken (Urbahn). Ihre Statistiken von den Säulen täglich, daß d.: KP. eine Einheitsfront mit den Faschisten geschlossen habe. Ihre Presse überlugelte sich in Beweisen für diese Behauptung, und Thälheimer, der Theoretiker von 1923, beweist sogar, daß die gegenwärtige bereits revolutionär sei und daß die Partei gleichsam die Revolution verschleife.

Aus dem Munde dieser Opportunisten klingt dies festsam genug und es ist nichts anderes als schlimmste Demagogie.

So falsch und verhängnisvoll die Volksentscheidstaktik der Partei war, ein Bündnis mit dem Faschismus war sie natürlich nicht. Eine solche schändliche Bündnistaktik ist den Brandler, Thälheimer usw., unterläßt von Ruth Fischer, Rojensberg (die Schusspatrone Urbahn), 1923 vorbehalten geblieben.

Wer war es, der am 18. August, mitten in der Schlagertaktik, schrieb: „Sogar mit Lenin, die Liebknecht und Rosa Luxemburg ermordet haben, werden wir

zusammengehen, wenn sie in unsere Reihen eintreten.“ („Krote Fahrt“ vom 18. August 1923.)

Und diese Väter der Einheitsfronttaktik mit den Faschisten sind heute erkannt, wenn ihre gelehrigen Schüler, die Reimann und Reimela, die Scherzinger-Komödie auführen!

Schonungslos muß jetzt der Kampf gegen den politisch bankrotten Zentrismus in der Partei geführt werden, schonungslos aber auch die opportunistische Opposition der Rechten und ihrer Mitläufer entlarvt werden.

Die schweren Erschütterungen des deutschen Kapitalismus werden zu neuen politischen Verschärfungen der Krise führen, und aus dieser Krise werden revolutionäre Situationen hervorzurufen, die ihre revolutionäre Auswertung aber nur dann finden werden, wenn die Partei die zentristischen Bankrotteure zum Teufel gejagt und den Weg zurück, den Weg zum Marxismus-Leninismus gefunden hat, im Kampf gegen den herrschenden Zentrismus und seine opportunistischen Vorfahren, die Rechten in und außerhalb der Partei.

## Flehen? Nein: kämpfen!

S. O. S.

Eine Industriegemeinde in Niederösterreich. Das Bezirksfürsorgeamt ist von Hilfsbedürftigen belagert. Eine Frau bittet flehentlich um eine kleine Gelbanshilfe; der Mann ist seit Jahren arbeitslos. Sie ist mit dem Jins im Rückstand. Die kinglyche Notstandsanhilfe des Mannes reicht kaum für Brot und Mehl. Obendrein ist der Jins jetzt erhöht; der Hansherr droht mit der Delogierung. Der Gemeindefunktionär kann ihr nichts geben; er hat nicht einen Groschen für Mietzinsbeihilfen zur Verfügung. Wohin soll sie mit den drei Kindern, wenn sie delogiert wird?

Mit diesem Hilferuf wendet sich die „Arbeiterzeitung“ vom 12. d. M. in ihrem Leitartikel an die Regierung, sie möge den vor dem Ruin stehenden Industriegemeinden helfen. Helfen, um den Verzweifelten eine Verubigungsinjektion geben zu können, um sie mit dem Schein der Wohltätigkeit, zur Ehre der Demokratie, geduldig dabinziehen zu lassen. Wehe euch, sagen die Pharisäer Otto Bauer und Kompanie an die Adresse der Herrschenden, wenn ihr die Not, ohne auch nur den Schein des Mitleides und der wohlthätigen Hilfe zu zeigen, bis ins Unerträgliche steigert, dann kommt ein zweites 1918; dann kommt der Kommunismus, den ein zweitesmal mit dem Schwindel der Demokratie zu bannen, uns, nach all den Erfahrungen, die die Massen mit der „Demokratie“ gemacht haben, unmöglich sein wird.

Die Doppeltätigkeit der Sozialdemokratie erreicht einen bisher nie dagewesenen Umfang. Der Wiener Kongreß der 2. Internationale war ein einziger Schrei zur Rettung des bedrohten deutschen Kapitalismus. Je drohender die sozialen Gegensätze, die durch die Weltkrise des Kapitalismus immer neuen Gärstoff bekommen, sich zur sozialen Revolution zuspitzen, desto eifriger, und vor keinem Mittel der physischen und ideologischen Massenvernebelung zurückschreckend, sammelt die Sozialdemokratie die Kräfte zur Verteidigung der Demokratie. Mehr Demokratie (Geduld, Bescheidenheit, Duldsamkeit) fordert die Sozialdemokratie in ihrer Antwort an Bernard Shaw\*), dessen Bekenntnis zur proletarischen Diktatur

\*) Der derzeit größte englische Dichter hat Sowjetrußland besucht.

und sein Hohn über die bürgerliche Demokratie ihr besonders unangenehm ist. Und der Ruf nach Demokratie wird um so lauter, als das kapitalistische System von der proletarischen Revolution bedroht ist. Friedrich Engels schrieb 1884 an August Bebel:

Die reine Demokratie kann „im Momente der Revolution als Rettungsanker der ganzen bürgerlichen, selbst feudalen Wirtschaft momentan Bedeutung bekommen. . . . So verstärkte die gesamte feudal-bürokratische Masse 1848 (März bis September) die Liberalen, um die revolutionäre Masse nieder zu halten. . . . Jedemfalls ist unser einziger Gegner am Tage der Krise und am Tage nachher die um die reine Demokratie sich gruppierende Gesamtklasse, und das, glaube ich, darf nicht aus den Augen verloren werden.“

Wie es um das „Mehr an Demokratie“ bestellt ist, davon zeugt die sozialdemokratische Preußenregierung, die an der Spitze des Arbeitermordes steht, die in der Pressekebelung das Wilhelminische Regime in den Schatten stellt, die 18,3 Millionen Mark für die Polizei und nur 2,3 Millionen für Wohlfahrtszwecke ausgibt, die den Stabhelmaufmarsch (Breslau) unter Polizeischutz stellte und die Spartakiade verbot, die das Verbot der KPD. fordert, nachdem sie das Verbot des Stabhelms aufgehoben hat, die das Hunger- und Diktaturregime Brünings stützt, um die Herrschaft der faschistischen Schlot- und Kohlenbarone, der Herren der Chemie- und Elektroindustrie, der Bankmagnaten und der Handelsabourgeoisie zu retten. Der Appell Breitscheldts am Wiener Kongreß, an das Weltkapital, Deutschland zu retten, war der Sammelruf zum Kampf gegen das revolutionäre Proletariat.

Noch immer schwillt die Welle der Arbeitslosigkeit an. Die Ford-Betriebe, der Stolz des Kapitalismus, wurden geschlossen. Acht Millionen Arbeitslose gibt es in Amerika, im Lande der Hochblüte des Kapitalismus. In Deutschland ist ein Fünftel der Werktätigen ohne Erwerb. In Oesterreich gibt es um 41.000 mehr Arbeitslose als im Vorjahre. Die Zahl der Ausgesteuerten beträgt 60.000, also um die Hälfte mehr als vor zwei Jahren. Das ist das Werk der Zertrümmerung der Arbeitslosenversicherung, die von den SP.-Führern am Papier angeblich abgewehrt wurde. Aber nicht die Zahl allein, sondern die lange Dauer der Arbeitslosigkeit, von der die Zehntausenden betroffen sind, macht die Lage unerträglich. Während die wichtigsten Lebens- und Genussmittel maßlos mit Zöllen verteuert werden, raubt Bund, Land und Gemeinden (auch die Gemeinde Wien) den Beamten einen Teil ihres Einkommens. Oesterreich gleicht einem Industriefriedhof. In Obersteiermark und Niederösterreich, in Steyr und Graz, von Bregenz bis Hainburg legen die Industriebereuen, nachdem sie die Löhne mit Hilfe der Gewerkschaftsbürokratie reduziert haben, die Betriebe und Bergwerke still. Ein Winter von nie dagewesener Schärfe des Massenelends steht bevor. Die Herrschenden fühlen ihre wirtschaftliche Ohnmacht, daher der brutale Feldzug gegen den Kommunismus auch in Oesterreich. Der Erlaß des Innenministers Winkler, der anordnet: „Alle nötigen Vorkehrungen zu treffen, um die kommunistische Agitation innerhalb Oesterreichs hintanzubalten“ ist ganz auf der Linie der Sozialdemokratie, nach mehr „Demokratie“. Die hohen Behörden haben es darauf angelegt, die revolutionäre Bewegung durch Provokationen lahm zu legen. Das muß vereitelt werden. Nicht im Revolverduell mit der Polizei wird die Arbeiterklasse von ihren reformistischen demokratischen Illusionen auf die Bahn der revolutionären Widerstandes gegen die Rottschilfsanierung geführt, sondern durch den täglichen Kampf um konkrete Ziele auf der Basis der leninischen Einheitsfronttaktik.

Die Politik des ZK. der KPd. gleicht einem Maschinengewehr mit blinden Patronen. Das ZK. hält die Partei im ständigen Alarmzustand (in der „Kornfabrik“), aber es gibt keine einzige Kongress, im Bewusstsein der Arbeiter, selbst im bürgerlichen Staate realisierbare Lösung, die der Notstandsfinanzierung ein gegenständliches Notstandsprogramm, das dem Proletariat praktisch erreichbare und zu seinem Vorteil gerichtenden Forderungen enthält. Mit einem solchen Notstandsprogramm muß die Partei in den Betrieben und Gewerkschaften in der Stadt und im Dorfe zu den Massen gehen und eine wirkliche Massenbewegung organisieren. Die linke Opposition hat der Partei die grundlegenden Forderungen eines solchen Notstandsprogrammes schon des öfteren vorgeschlagen. Die gegenwärtige Periode ist von entscheidender Bedeutung für die Zukunft. Wer jetzt die wirklich breiten Massen der sozialdemokratischen Arbeiter nicht mit dem Vertrauen zum Kommunismus, als dem einzigen Ausweg aus dem Chaos, zu erfüllen vermag, der erweist der Sozialdemokratie objektiv die besten Dienste.

## Neuer Blick auf und neue Gefahren.

Wir bringen den letzten Teil eines großen Artikels Trozki's über die neue Wendung Stalins, zu der wir in gedrängter Form in Nr. 15 schon Stellung genommen haben. (Anm. d. Red.)

Im Wege individueller Offenbarung.

Die neue Politik wird angekündigt wie die gestrige verkündet worden war: im Wege individueller Offenbarung. Wir erfahren von Stalin, daß man zur Fünftagswoche „allzukünnst, ohne Vorbereitung der entsprechenden Bedingungen“ übergegangen war. Welche Resultate erhielt man? Stalin muß sie bezeichnen als „Fehlen des Verantwortungsgefühls für die Arbeit, fahrlässiges Verhalten dem Mechanismus gegenüber, massenhafte Beschädigung der Werkstücke und fehlenden Antriebs zur Hebung der Arbeitsproduktivität“. Stalin verallgemeinert dies alles in einem Satz: „Niemand will für etwas die Verantwortung tragen“. Ein mörderisches Bekenntnis. Weiter: ein selbstmörderisches Bekenntnis. „Niemand will für etwas die Verantwortung tragen.“ So vilegt es stets zu sein, wenn einer für alle die Verantwortung tragen will.

Die Fünftagswoche war zu rasch eingeführt worden. Wer aber hat sie eingeführt? Das Generalsekretariat. Hat man die ununterbrochene Woche unter den Arbeitermassen vor der Einführung diskutiert? Nicht die geringste Spur. Alles ist im Stillen vorbereitet worden. Die Massen begrüßten die ununterbrochene Woche „mit Entzücken“, wie die Dienstrelationen melden. Geht denn jetzt die Sache anders vor sich? Haben doch noch bis zum geistigen Tage all die Mäße, von denen Stalin nachträglich spricht, keinerlei Behandlung in der Presse gefunden. Wir haben schon mehr als einmal actat und geschrieben, daß bei der Stalinschen Bürokratie alles ausgezeichnet geht, noch fünf Minuten bevor es schlecht zu gehen beginnt. Während er die verderblichen Folgen der bürokratischen „Ununterbrochenen“ aufzählt, berührt Stalin gleichsam nebenbei die schwerhafteste und gefährlichste Frage. „Man kann nicht zweifeln“, sagt er, „daß unsere Wirtschaftler all das genügend gut verstehen. Doch sie schweigen. Warum? Offenbar, weil sie die Wahrheit fürchten. Aber seit wann haben die Bolschewiki die Wahrheit zu fürchten begonnen?“ In diesen Worten erreicht

der allgemein-bürokratische und der persönliche Stalinsche Hygienismus seinen Höhepunkt. „Seit wann haben die Bolschewiki die Wahrheit zu fürchten begonnen?“ Seit jener Zeit, da der stumpfe, geistlose, bockhafte Stalinsche Apparat die Fraktion der Bolschewiki-Leninisten erdroffelt hatte. Genau seit dieser Zeit! Die Wirtschaftler — nach Stalin — „fürchten die Wahrheit“. Welch treubruchliche Formalisierung! Nicht die Wahrheit fürchten sie, sondern für die Wahrheit zu leiden, denn Malosch, Sosnowsky, Maralow, Elzin, Granstein, Kasparova, Koffler und mit ihnen Hunderte und Tausende der besten Bolschewiki — jene, die die Wahrheit nicht fürchten und für sie einzustehen wissen — fühlen Stalins Ketten und Verbannungs- und Ausweisungsorte. Hier liegt der Parteidat des Problems!

Mit der Zerkümmern der Linksoption hat die Stalinsbürokratie die Partei erdroffelt. Es gibt nicht mehr jene lebendige, feinfühligste, geschmeidige und elastische Organisation, die eins mit den Massen lebt, alles sieht, alles beobachtet, alles kritisiert, alles verallgemeinert, rechtzeitig die Gefahren erblickt und kollektiv neue Wege ausarbeitet. „Nachdem die zentralistische Bürokratie die Partei erdroffelt hat, d. h. ohne Augen und Ohren gelassen ist“ sagt der Plattformentwurf der internationalen Linksoption, „richtet sie laufend vor und bestimmt ihren Weg unter den unmittelbaren Stößen der Klassen, schwankend zwischen Opportunismus und Abenteuerismus.“ Doch mehr, immerhalb des Apparates selbst erreicht die Furcht des unteren Agenten vor dem oberen eine solche Spannung, wo niemand offen auf die Tatsachen zu blicken wagt und oben zu berichten, was er sah. Die unteren Glieder sitzen und beien den oberen Gliedern nach. Und die oberen Glieder nehmen dies Nachbeten und Ängern für die Stimme des Lebens. Zur Ausarbeitung des Weges für die Durchführung der neuen Politik wird das Plenum der zentralen Kontrollkommission zusammenberufen. Diesem Ereignis ist man eine ausnehmende Bedeutung zu verleihen besorgt, förmlichen nicht nur die Mitglieder des ZK., sondern auch die Vertreter der Parteiorgane und einer Reihe unterer Organisationen diesmal zusammenkommen. Mit anderen Worten, die höheren Beamten ziehen die niederen Beamten zum Beistand heran. Die einen wie die anderen sind von oben ernannt. Die einen wie die anderen sind durch Rangordnung und gegenseitige Haftpflicht gebunden. Und dieses Beamtenkonzil wird als höchster Ausdruck der Demokratie ausgegeben!

Würde denn die neue schroffe Wendung der Politik nicht die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages rechtfertigen? Doch eben darin besteht ja die Sache, daß das Regime der individuellen Offenbarung (jedesmal mit Verspätung von einigen Jahren) sich mit dem Regime der Parteidemokratie, sogar mit der Existenz selbst der Partei nicht verträglich. Sollten also doch „die Bolschewiki die Wahrheit fürchten“? Der Name jenes Bolschewiken, der augenblicklich am meisten die Wahrheit fürchtet, ist — Stalin. Sonst würde er bei der neuen jähen Wendung nicht den Kongress, d. h. die Partei fürchten.

Wir erhielten in den letzten Monaten eine Reihe von Briefen, die eine Anzahl von Gesprächen wiedergaben, insbesondere auch mit der Parteibürokratie von verschiedenen Graden der Verdächtigung. In ihrer Mehrheit sind das juristisch erschrodene Menschen. Sie sehen und verstehen vieles, doch ihr Wille ist gebrochen. Ihre Philo- erklären sie uns: „Ihr sprecht vom Parteidemokratie. Es ist unbedingt drückend. Das anerkennen alle. Aber offenbar geht es nicht anders. Ohne eine eigene Hand werden wir die Schwierigkeiten nicht überwinden. Eure Kritik an den Fehlern Stalins ist im allgemeinen richtig, und die Ereignisse werden sie letzten Endes bestätigen. Wir machen uns durchaus keine Illusionen in bezug auf

## Werbet und werbet Mitglieder!

Grazzer Genossen und Abonnenten des „Mahnruf“!

Mehr denn je ist es notwendig, unsere Kräfte zu sammeln. So schwach wir angesichts der barrenden Aufgaben sein mögen, so sind wir doch ein wichtiger Teil der revolutionären Front. Gerade in revolutionären Zeiten kann auch eine kleine Gruppe, wenn sie eine richtige Politik vertritt, eine entscheidende Rolle spielen. Das gilt um so mehr für die linke Opposition, die den Kampf um die Einheit der kommunistischen Bewegung auf dem Boden der Lehren Lenins kämpft. Ohne leninische Politik und Strategie, ohne der Rückkehr vom Stalinismus zum Leninismus wird in Österreich keine kommunistische Massenpartei entstehen. Es gilt unsere Kräfte zu stärken und unsere Reihen auszufüllen. Es gilt neue Kämpfer für die leninischen Ziele der kommunistischen Linksoption, für die Einheit der KPÖ zu gewinnen. Es gilt revolutionäre Kadere zu bilden, die diesen unvermeidlichen Kampf führen. Werdet Mitglieder der kommunistischen Linksoption Österreichs.

Stalin. Gewiß, er wird nicht die Sterne vom Himmel herunterholen; intellektuell ist dies ein mittelmäßiger Mensch, theoretisch ungenügend vorbereitet, ohne breiten Horizont. Das fühlen wir nicht selten auf unserem eigenen Boden. Doch er besitzt unerzehlliche positive Eigenschaften: Härte, Widerstandsfähigkeit, Ausdauer. Uebrigens ist er mit dem Apparat ver wachsen. Und was Sie auch sagen mögen, der Apparat ist jetzt alles.“ So sprechen sehr viele der Bürokraten. Ihnen scheint, die Erdrösselung der Partei, so schmerzhaft sie auch sei, ist durch die Umhände gerechtfertigt und später... später kommt der Sozialismus und alles wird wieder zurechtgestuft.

Hier eben offenbart sich der grundlegende Fehler. Der Sozialismus ist kein fertiges System, das in vollendetem Gehalt einem einzelnen Kopfe entspringen kann, und sei es auch der genialste Kopf. Die Aufgaben der richtigen Verteilung der Produktionskräfte und -mittel können nur gelöst werden auf dem Wege beständiger Kritik, Ueberprüfung ideellen Kampfes der verschiedenen Gruppierungen innerhalb des Proletariats. Lehnen wir die formale Demokratie ab, die in der kapitalistischen Umkehrung die Uebergabe der Schlüssel an den reichen und bis an die Zähne bewaffneten Feind bedeutet, so werden wir indes ohne Klassendemokratie nicht nur den Sozialismus nicht aufbauen, sondern auch die Diktatur des Proletariats nicht erhalten können. Die Stalinischen Jidzads kommen neuer zu stehen und mit jedem Male immer teurer. Bloß Narren und Blinde vermögen zu glauben, man könne den Sozialismus von oben oktroyieren, auf bürokratischem Wege einführen. Lauter als je zuvor warnen wir die fortschrittlichen Arbeiter der USSR und der ganzen Welt: Der neue Jidzad Stalins, unabhängig davon, wie er sich in der nächsten Zeit entwickeln wird, führt unabwieslich zu neuen und noch schärferen Gegensätzen, schon in der kommenden Etappe. Man muß mit der Wiederbelebung der proletarischen Demokratie beginnen. Dies ist jetzt das entscheidende Glied der ganzen Kette. Man muß die Probleme der Wirtschaft in ihrem vollen Umfange der Partei und den Gewerkschaften zur Diskussion unterbreiten. Hierzu ist notwendig, daß die Volkswirtschaft aufhören, zu fürchten, die Wahrheit anzusprechen. Das kann man nur erreichen, wenn man von jenen die Ketten nimmt, die für das Recht, die Wahrheit zu sprechen, geknüpft haben und knipfen. Man muß die linke Opposition (Volkswirtschaftler) wieder in die Partei nehmen. Man muß die

Diskussion über die Grundlage der Wirtschaft und Politik eröffnen. Man muß einen Parteitag auf der Basis der Parteidemokratie vorbereiten!

Kadich, den 15. Juli 1931.

L. Trotski.

## Was uns Arbeiter schreiben.

Neue Methode der J. B. K. Graz.

Vor einigen Monaten ließ die J. B. K. Plakate in den Räumen des Arbeitslosenamtes mit folgendem Inhalt anhängen:

„Arbeitslose, Achtung!

Die Unterstützung ist auf der Meldebarte (Höchstausmaß) festgesetzt. Bei ohne Unterbrechung die Unterstützung weiter erhalten will, muß mindestens vier Wochen vorher beim Arbeitslosenamt um Verlängerung anfragen.“ Aus Bequemlichkeitsgründen und mit der schlaun Berechnung, daß viele Arbeitslose nicht lesen können oder gar darauf vergessen, weil sie von dieser Neuordnung gar nichts wissen, hat die J. B. K. dies durchgeführt.“

Vom Fristablauf (Höchstausmaß), 14 Tage vorher, hat der Schalterbeamte den Bescheid zum Ausfüllen den Arbeitslosen ausgehändigt. Jetzt verlangt man, der Arbeitslose muß selbst vier Wochen vorher anfragen. Wer das nicht macht, bekommt 3 bis 4 Wochen keine Arbeitslosenunterstützung. Dadurch erspart die J. B. K. Graz Tausende von Schillingen. Viele Arbeitslose bekommen Arbeit und sind 1 bis 2 Monate beschäftigt, haben ihr Höchstausmaß erreicht. Die Folge davon ist, daß der Arbeitslose als Strafe, daß er ein paar Tage gearbeitet hat und nicht früher anfragen konnte, 2 bis 3, auch 4 Wochen auf die Verlängerung warten muß.

Arbeitslose, die ihr noch im Bezug der Unterstützung sind, vergeht nicht darauf, so lange dies besteht, vor Ablauf des Höchstausmaßes zum Beispiel: Auf der Meldebarte steht bis 30. September 1931, so muß derjenige Arbeitslose vier Wochen vorher bei seinem Schalter, das ist am 2. September 1931, um Verlängerung anfragen.

Jeder Arbeitslose muß sich nach seinem Datum (Höchstausmaß) richten.

Arbeitslose, wehrt euch gegen diese Neuordnung, die man aus Bequemlichkeitsgründen auf eure Kosten durchgeführt hat. Diese Maßnahme muß verschwinden. Nicht wegen der Massenaussteuerungen und Kürzungen der Unterstützungen, will man euch mit administrativen Schikanen aufs Neueste treiben. Ihr Herren der J. B. K., der Bogen ist schon übergespannt. Das Arbeitslosenkomitee muß mehr wie bisher sich um diese Dinge kümmern und für die Beseitigung dieser Neuordnung den Kampf führen. Es muß verlangt werden, daß die Ansuchen um Weiterverlängerung vor Ablauf des Höchstausmaßes, so wie früher, vom zuständigen Schalterbeamten avisiert werden.

Polizei gegen ausgesteuerte Arbeitslose.

Der sozialdemokratische Schalterbeamte Hüßmann des Arbeitsnachweises Graz ließ dieser Tage einen ausgesteuerten Arbeitslosen von der Polizei aus dem Warteraum jagen, bloß weil diesen einen Witz machte über einen Aussteuerungsbeschluss, den ein Arbeiter in der Hand hielt. Nur Geduld! Es kommt der Tag, wo den Methoden dieser „Sozialisten“ ein Ende gemacht wird.

Ein Arbeitsloser.

Eigenümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Karl Daniel, Metallarbeiter, Wien, 5. Bez., Gartengasse 1. Verleger, Hans Thoma, Holzarbeiter, Wien, 2. Bez., Rosbargasse 24. (Im Auftrage der komm. Linksoption.) Druck: „Wrie“, Wien, 2. Bez., Labergasse 53b.